

# Titre

---

Vorname / prénom Name / Nom , Dienst Internationales

## Lead

Über 1300 Vertreter von Regierungen, Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) aus etwa hundert Ländern trafen sich vom 3.-6. Dezember 2008 in Hyderabad. Sie diskutierten an rund 100 Veranstaltungen im Rahmen des dritten UN Internet Governance Forum über die Verwaltung des Internets<sup>1</sup>. Das unter dem Motto „Internet für alle“ stehende dritte IGF hatte als Kernthemen das „Erreichen der nächste Milliarde Internetnutzer“, „Sicherheit und Vertrauen im Cyberspace“, das „Management der Internet-Kernressourcen“ sowie das „Internet von Morgen“. Zum ersten Mal wurde auch die Frage diskutiert, wie der Beurteilungsprozess über eine Fortführung des IGF nach 2010 gestaltet werden sollte.

### **Sicherheit ist nutzlos ohne Offenheit des Internet**

Das dritte IGF baute von seiner Struktur und seinen Inhalten auf den beiden Vorgängern (Athen 2006 und Rio de Janeiro 2007) auf – aber nicht ohne auch diesmal wieder Neues auszuprobieren. Nachdem man zum Beispiel bisher über die Sicherheit und Offenheit des Internets als eigene Themen diskutiert hatte, wurden diese beiden Themen in Hyderabad miteinander in Beziehung gesetzt. Dabei betonten vor allem europäische Teilnehmerinnen und Teilnehmer, dass Offenheit, Sicherheit und Schutz der Privatsphäre im Internet sich eben nicht gegenseitig ausschliessen dürfen, sondern gleichzeitig angestrebt werden müssen. Eine hohe Sicherheit alleine habe noch keinen Wert, ein gewisses Mass an Schutz sei jedoch notwendig, um sich im Internet auch möglichst „frei“ bewegen zu können. Viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben die Schaffung globaler Mindeststandards für Datenschutz gefordert. Weiter wurde dem Schutz und der Befähigung von Kindern und Jugendlichen im Umgang mit dem Internet in zahlreichen Workshops spezielle Beachtung geschenkt.

### **Eine Grundrechtsdeklaration für das Internet?**

Auch dieses Jahr haben viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine Grundrechteerklärung für das Internet gefordert. Dabei waren sich eigentlich alle einig, dass die in der realen Welt etablierten Menschenrechte und der Rechtsstaat auch im Internet gestärkt werden sollten. Ob es dazu aber neue Rechte brauche oder ob man einfach die bestehenden Rechte besser auf das Internet anwenden sollte, ist eine noch offene Frage, der die Arbeitsgruppe Dynamische Koalition für Internet Rechte und Prinzipien (DCIRP) weiter nachgehen will.

### **Künftige Vergabe von IP-Adressen durch ITU?**

Zu den erwarteten Kontroversen kam es bei der Diskussion der künftigen Verwaltung von IP-Adressen und Domain Namen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren sich einig, dass der Übergang von den aktuell verwendeten, aber bald erschöpften IPv4-Adressen (vierte Version des Internet Protocols, der Grundlage des Internets) zu den in weit grösseren Mengen vorhandenen IPv6-Adressen, so rasch wie möglich geschehen müsste. Bei der Frage, nach welchen Spielregeln und durch wen diese neuen Adressen verteilt werden sollten, gehen die Meinungen aber nach wie vor weit auseinander. Sehr umstritten ist der Vorschlag von arabischer und chinesischer Seite, dass nicht nur die private amerikanische Organisation Internet Corporation for Assigned Names and Numbers (ICANN), sondern auch die ITU direkt IPv6-Adressen an Staaten vergeben können sollte. Und alles andere als einig ist man sich sowieso in der Frage, wie weit sich die Regierungen in das Management der Kernressourcen des Internets einmischen können sollten.

### **Unterschiedliche „Reife“ der Diskussion je nach Thema**

---

<sup>1</sup> Aufgrund von Sicherheitsbedenken im Zusammenhang mit den Terror-Anschlägen in Mumbai haben nur einige Tage vor dem IGF rund ein Drittel der angemeldeten Personen ihre Teilnahme kurzfristig abgesagt. Die Teilnehmerzahl wäre ansonsten noch höher ausgefallen.

Auch das dritte Forum hat sich als eine einzigartige Gelegenheit erwiesen, gegenwärtige und künftige Herausforderungen im Zusammenhang mit der Verwaltung des Internets zu identifizieren, die unterschiedlichen Traditionen und Sichtweisen der Akteure einander näher zu bringen und gemeinsam Lösungsansätze und künftige Modelle zu entwickeln. Dabei wurde festgestellt, dass die Diskussion je nach Thema unterschiedlich weit gereift ist. Bei der Bekämpfung von Kinderpornographie beispielsweise sind sich alle Akteure über das Problem einig, haben verschiedene Lösungsansätze ausgetauscht und koordinieren nun ihre Vorgehensweisen. Bei anderen Themen wie dem Übergang zur Verwendung der neuen IPv6 Adressen ist man sich zwar über das Problem einig, es herrschen aber unterschiedliche Auffassungen, wie es angegangen werden sollte.

Bei den kontroversesten Themen wie zum Beispiel der Verwaltung der Kernressourcen, bestehen nach wie vor unterschiedliche Grundauffassungen, was denn eigentlich an der gegenwärtigen Situation problematisch sei oder nicht. Hier ist man denn auch von einem Konsens über die künftige Stossrichtung weit entfernt.

Diese unterschiedliche Reife der Diskussion soll – so der Konsens am IGF – durch die Wahl unterschiedlicher Diskussionsformate künftig noch stärker berücksichtigt werden.

### **Die Schweiz sprang für den Europarat in die Lücke**

Die Schweiz war mit zwei Vertretern des BAKOM in Hyderabad präsent. Unter dem Eindruck der Attentate in Mumbai hatte sich das Generalsekretariat des Europarates kurz vor Eröffnung entschieden, seine rund 35 Experten aus Sicherheitsgründen nicht nach Indien zu schicken. Um einen Totalausfall der vorwiegend von Europaratsexperten getragenen Debatten über Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im Internet zu verhindern, entschlossen sich die Vertreter des BAKOM vor Ort, mit Hilfe anderer Partner wenigstens die wichtigsten Veranstaltungen des Europarates zu „retten“, wofür sie von vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern grosse Anerkennung erhielten.

### **Braucht es das IGF noch nach 2010?**

Im Jahr 2010 soll der UN Generalsekretär eine Konsultation über die Zukunft des IGF durchführen und dann über dessen Fortführung befinden. Dieser Evaluationsprozess und die Zukunft des IGF war auch in Hyderabad ein Thema.

Für die meisten IGF-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer ist das Forum eine einzigartige Gelegenheit, sich in einem echten Multistakeholder-Dialog auszutauschen. Es hilft gegenwärtige und künftige Herausforderungen im Zusammenhang mit der Verwaltung des Internets zu erkennen, die unterschiedlichen Traditionen und Sichtweisen der Akteure einander näher zu bringen sowie gemeinsam Lösungsansätze und künftige Modelle zu entwickeln. Während einige Staaten und auch der ITU-Generalsekretär das IGF wiederholt dafür kritisierten, dass das Forum nur debattiert, keinerlei Entscheidungen trifft und nicht mal über Empfehlungen verhandelt, halten die meisten genau dieses für die Stärke des Forums. Denn am IGF würden die Akteure ihre Meinungen bilden, welche dann in anderen Gremien die Entscheide beeinflussen würden.

### **Das IGF als Wegbereiter für eine künftige Multistakeholder-Internet-Verwaltung?**

Die Diskussionen am IGF 2008 haben erneut deutlich gemacht, dass weder die private ICANN noch die zwischenstaatliche ITU das volle Vertrauen der gesamten „Internet Community“ geniessen. Beide Organisationen, welche sich in erster Linie als „technische“ Organisationen verstehen, haben sichtlich Mühe, für politische, ökonomische und gesellschaftliche Aspekte der Verwaltung des Internets geeignete Entscheidungsmechanismen zu entwickeln, bei denen sich alle relevanten Akteure angemessen einbezogen fühlen.

Das IGF stellt nicht selbst die Lösung für die künftige Verwaltung des Internets dar. Als Multistakeholder-Diskussionsplattform und Testfeld der UNO kann es aber wesentlich mithelfen, ein solches neues globales Internet-Governance-Modell, welches alle relevanten staatlichen und privaten Akteure einbezieht, zu entwerfen oder die bestehenden Mechanismen in diese Richtung hin zu reformieren. Transparenz, Rechenschaft und Partizipation sollten für die Akzeptanz der künftigen Internet-Verwaltung entscheidend sein.

Die Themensetzungs- und Wegbereiter-Funktion des IGF ist äusserst wertvoll und sollte weiter gestärkt werden. Das Forum muss aber stärker auf andere Institutionen und Mechanismen ausstrahlen, wo Entscheide gefällt werden. Dies könnte unter anderem durch eine Weiterentwicklung der Dynamischen Koalitionen (DCs) des IGF geschehen. Ein erster Schritt könnte sein, dass die DCs als Multistakeholder-Arbeitsgruppen offiziell Empfehlungen abgeben würden. Dies wurde in Hyderabad bereits vorgeschlagen und könnte auch konsensfähig sein – wenn diese Empfehlungen

nicht unter dem Titel „Recommendations of the IGF“ sondern als „Recommendations at the IGF“, das heisst in der eigenen Verantwortung der Koalitionen und nicht des Forums abgegeben würden. Weiter zu begrüßen ist die Weiterentwicklung des IGF durch die Schaffung von Multistakeholder-Diskussionplattformen auf nationaler und regionaler Ebene. Eine Vorreiterrolle spielt hier Europa mit einer Vielzahl nationaler IGFs und dem paneuropäischen Dialog zur Internetverwaltung (EuroDIG), welcher am 14. und 15. September 2009 in Genf zum zweiten Mal stattfinden wird.